

## **Soziale Gerechtigkeit überlässt die Große Koalition der Zivilgesellschaft**

Nun haben wir - mit dem Segen einer 3/4 Mehrheit der abgegebenen Stimmen der SPD-Mitglieder - schon wieder die große Koalition. Die Opposition aus Linke und Grüne im Bundestag ist damit verschwindend klein; ihr Einfluss auf Gesetze und auf die Politik der Regierung gleich Null. Das Engagement außerhalb des Parlaments, und insbesondere das von Attac, bekommt damit noch größere Bedeutung. Die etwas mehr als 80 000 Mitglieder der SPD, die mit Nein stimmten, haben den Koalitionsvertrag wahrscheinlich gründlicher studiert. Gerechtigkeit war das bestimmende Thema der SPD im Wahlkampf, aber den Kampf um soziale Gerechtigkeit überlässt der Koalitionsvertrag den außerparlamentarischen, demokratischen Kräften der Zivilgesellschaft.

Die Überwindung der Spaltung unserer Gesellschaft hat im Koalitionsvertrag keine Chance. Die Reichen können weiter reicher werden, die große Mehrheit bis hinein in die Mittelschicht wird ärmer werden. Ein Umverteilen von oben nach unten durch mehr Steuergerechtigkeit? Fehlanzeige: kein höherer Spitzensteuersatz, keine Abflachung des Steuertarifs, keine Vermögensteuer, keine höhere Erbschaftsteuer. Die hohen Einkommensbezieher und die Vermögenden lachen sich ins Fäustchen, die Arbeitnehmer sind trotz Mindestlohn gekniffen. Die Süddeutsche Zeitung rechnet uns vor, wie der Verzicht auf jede Steuer- und Abgabenreform dazu führt, dass viele Millionen BürgerInnen in den kommenden vier Jahren viele Milliarden Euro mehr Steuern und Sozialabgaben zahlen müssen. Das trifft besonders Familien mit geringen und durchschnittlichen Einkommen.

Nicht besser steht's um die überfällige Regulierung der Finanzmärkte: Im Koalitionsvertrag fehlt jeder Ansatz, die Macht der Banken zu begrenzen, die Finanzmärkte zu schrumpfen und sie der Realwirtschaft unterzuordnen. Ein einziger Lichtblick bleibt das Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer FTT mit breiter Bemessungsgrundlage.

In der Europapolitik stehen Kanzlerin Merkel und Minister Schäuble für eine Fortsetzung der verheerenden Austeritätspolitik, deren Bumerangeffekt uns bald erreichen wird. Und nun bekennen sich die Sozialdemokraten ebenfalls zum Freihandelsabkommen zwischen USA und EU (TTIP). Im Wahlkampf klang das auch noch anders.

In dieser Situation ist Attac wichtiger denn je. Wir werden unsere Kämpfe verstärken müssen gegen das TTIP, für die Entwaffnung der Finanzmärkte, für eine angemessene Besteuerung der Konzerne, für die Energiewende und für ein soziales Europa.